

Janis Hülder

# Dem Deutschen Volke – Strategien der kommunikativen Rückbindung von Volksvertreter:innen an den Souverän



BUSKE

Dem Deutschen Volke

—

Strategien der kommunikativen Rückbindung  
von Volksvertreter:innen an den Souverän

# Sprache – Politik – Gesellschaft

herausgegeben von

Heidrun Kämper, Steffen Pappert  
und Kersten Sven Roth

Band 35



BUSKE

Dem Deutschen Volke

—

Strategien der kommunikativen  
Rückbindung von Volksvertreter:innen  
an den Souverän

von

Janis Hülder



BUSKE

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <<https://portal.dnb.de>> abrufbar.

ISBN (Print) 978-3-69110-009-9  
ISBN eBook (PDF) 978-3-69110-010-5

© 2025 Helmut Buske Verlag GmbH, Hamburg. Alle Rechte vorbehalten.  
Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, soweit  
es nicht §§ 53 und 54 UrhG ausdrücklich gestatten.  
Umschlaggestaltung: J. Böning / R. Fischer, Kunstschule Wandsbek, Bremen.  
Druck und Bindung: BALTO print UAB, Vilnius.  
Printed in Lithuania.

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung:  
Helmut Buske Verlag GmbH  
Richardstraße 47, 22081 Hamburg  
[info@buske.de](mailto:info@buske.de)

Den Menschen draußen im Lande.  
Besonders meiner Familie und meinen Freunden.  
Allen voran Julia und Rudi.



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XV
Abbildungsverzeichnis .....	XVII
Tabellenverzeichnis.....	XVIII
Danksagung.....	XIX
Geleitwort .....	XXI
<b>1. Einige Vorbemerkungen .....</b>	<b>1</b>
1.1 <i>Motivation, Relevanz und Ziel</i> .....	1
1.2 <i>Aufbau und Vorgehen</i> .....	8
<b>2. Thematische Einführung.....</b>	<b>11</b>
2.1 <i>Repräsentative Demokratie in der Krise?</i> .....	11
2.1.1 Dem Deutschen Volke .....	11
2.1.2 Eine Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk.....	15
2.1.3 Repräsentationslücken.....	19
2.1.4 Politik als Beruf .....	22
2.1.5 Politik(er:innen)verdrossenheit .....	26
2.1.6 Responsivität.....	37
2.1.7 Legitimation durch Kommunikation.....	40
2.2 <i>Alternative(n) zu einer „alternativlosen“ Politik?</i> .....	43
2.2.1 Alternativlosigkeit – Ein politisches Schlagwort.....	43
2.2.2 Die AfD – Eine neue Volkspartei in Deutschland? .....	46
<b>3. Theoretische Einführung .....</b>	<b>49</b>
3.1 <i>Im Anfang war das Wort – Sprache in der Politik</i> .....	49
3.2 <i>Politolinguistik: Eine Bindestrich-Linguistik</i> .....	55
3.3 <i>Korpuslinguistik: Noch eine Bindestrich-Linguistik</i> .....	64
3.4 <i>Inhaltsanalyse: Eine linguistische Annäherung</i> .....	67



<b>4.</b>	<b>Forschungsstand .....</b>	<b>75</b>
4.1	<i>Von der Verständlichkeit zur Glaubwürdigkeit.....</i>	76
4.2	<i>Von der Plenarrede zur Plenardebatte .....</i>	86
<b>5.</b>	<b>Methodisches Vorgehen.....</b>	<b>101</b>
5.1	<i>Der Ansatz: Ergebnis? Offen!.....</i>	101
5.2	<i>Der Gegenstand: Alles Handeln ist strategisch.....</i>	105
5.3	<i>Der Zugriff: Gesucht? Gefunden!.....</i>	109
5.4	<i>Die Annotation: Wer? Wie? Wann? – Der! Die! Dann! .....</i>	112
5.5	<i>Die Kategorien: Deduktion und Induktion .....</i>	113
5.6	<i>Das Korpus: Das bisschen Haushalt ... ..</i>	116
5.7	<i>Der Pretest: Vom Probieren zum Studieren .....</i>	119
5.8	<i>Das Codebuch: Das Interpretieren systematisieren.....</i>	124
5.9	<i>Die Ergebnisse: Qualität vor Quantität vor Qualität .....</i>	129
<b>6.</b>	<b>Darstellung der Ergebnisse.....</b>	<b>131</b>
6.1	<i>1949–1969: Keine Experimente.....</i>	131
6.2	<i>1969–1982: Mehr Demokratie wagen .....</i>	148
6.3	<i>1983–1998: Deutschland, einig Vaterland .....</i>	161
6.4	<i>1998–2005: Rot-Grün an der Macht .....</i>	175
6.5	<i>2005–2021: GroKo, no GroKo, GroKo, <del>no</del> GroKo .....</i>	185
<b>7.</b>	<b>Resümee .....</b>	<b>201</b>
<b>8.</b>	<b>Methodenreflexion.....</b>	<b>211</b>
<b>9.</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>217</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>223</b>

## Geleitwort

Die vorliegende Arbeit untersucht Form und Intention der kommunikativen Rückbindung von Volksvertreterinnen und Volksvertretern an den Souverän. Das Ergebnis ist erhellend und verstörend zugleich. In einer repräsentativen Demokratie ist es unabdingbar, während einer Legislaturperiode den Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern aufrechtzuerhalten, um dem Argument entgegenzutreten, die Wählerinnen und Wähler hätten außer bei der Wahl keine Bedeutung.



© Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung/Schacht

Verstörend ist, dass der aufschlussreichen Analyse zufolge die Bedeutung der Sprache von den Politikerinnen und Politikern nicht immer so gesehen wird, wie es notwendig wäre. Aus meiner langjährigen Erfahrung im Deutschen Bundestag glaube ich schon, dass die Parlamentarier die Rückbindung an die Menschen im Land suchen, aber sie oft aufgrund von Sprachbarrieren nicht erreichen.

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis, dass in der sogenannten Berliner Republik die kommunikative Rückbindung in den Parlamentsdebatten und Parlamentsreden zurückgegangen ist. Dadurch ist, wie die vorliegende Arbeit feststellt, eine Legitimationslücke entstanden. Hinzu kommt, dass eine Legitimationslücke auch dadurch entsteht, dass die Menschen, zu denen im Parlament gesprochen wird, nicht mehr hinreichend verstehen, was gesagt wird. Um es ganz einfach zu sagen: Die gewünschte Botschaft kommt nicht an. Wenn aber Kommunikation nicht mehr in hinreichendem Maße gelingt, entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck, nicht ernstgenommen zu werden.

Bedeutsam ist dabei, dass nicht jede Rede im Deutschen Bundestag sich direkt an das Volk oder die Bürgerinnen und Bürger wendet. Auch ich habe mich in meinen Reden immer wieder an die eigene Fraktion oder den Koalitionspartner gewandt, um Mehrheiten für schwierige Entscheidungen sicherstellen zu können. Handlungsfähigkeit einer Regierungskoalition war da die Botschaft. Indirekt war dies auch eine Form der kommunikativen Rückbindung an die Menschen in unserem Land. Eine handlungsfähige Regierung erzeugt eben Vertrauen. Und Vertrauen ist in einer repräsentativen Demokratie konstitutiv.

Zur Kommunikation gehört auch das Hinhören. Das Hinhören ist wichtig, um zu wissen, was im Volk gedacht wird. Zugleich muss aber auch dafür geworben werden, umzusetzen, was notwendig ist. Das ist oftmals eine schwierigere Kommunikationsherausforderung, als einfach das zu tun, was vermeintlich die Mehrheit des Volkes will. Und bei dieser Überzeugungsarbeit kommt es auf eine Sprache an, die verstanden wird. Das ist bei komplexen Sachverhalten nicht immer einfach. Vor allem dann, wenn von populistischen Kräften eine einfache Lösung als möglich behauptet wird.

Als Reaktion darauf genügt es nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass man an der Lösung komplexer Sachverhalte arbeitet. Um Legitimationslücken zu verkleinern und wieder zu schließen, braucht es eben auch Ergebnisse: eine inhaltliche Rückbindung an die Wählerinnen und Wähler. Und die Aufgabe politischer Kommunikation ist, solche Ergebnisse vorzubereiten und zu vermitteln.

Die repräsentative Demokratie kann durch legitimationsbegründende Kommunikation gestärkt und durch mangelnde Kommunikation auch gefährdet werden. Wo sich Legitimations- und Repräsentationslücken öffnen, ist Raum für neue politische Kräfte, die von den politischen Rändern aus die Rückbindung ans Volk suchen und zugleich den Parteien der demokratischen Mitte ihre Rückbindung an die Bürgerinnen und Bürger absprechen. Das beschreibt die vorliegende Arbeit in bemerkenswerter Klarheit.

Janis Hülder hat eine fundierte Analyse vorgelegt und Möglichkeiten für eine verbesserte Kommunikation aufgezeigt. Alle Politikerinnen und Politiker sollten diese Untersuchung nutzen, um ihre eigene Arbeit zu verbessern und damit unsere repräsentative Demokratie zu stärken.

**Volker Kauder**

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2021

„Wir arbeiten hart daran, die Herausforderungen anzugehen und die besten Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu finden.“

Jakob Maria Mierscheid MdB

## 1. Einige Vorbemerkungen

### 1.1 Motivation, Relevanz und Ziel

„Ich bin oft gefragt worden“, so erzählte Vicco von Bülow alias Lorient Ende 1979 in der NDR-Sendung *3nach9*, „warum in meinen Sendungen Politiker und ‚die Herren da oben‘ bei uns eine so geringe Rolle spielen“ (*3nach9*, 1979):

„Das liegt einfach daran, weil wenn die Satire sich gegen die Macht richten soll, sie sich gegen die richten muss, die die Macht haben. In einer funktionierenden Demokratie aber liegt die Macht – oder soll sie – beim Volke, beim Wähler liegen. Also entweder wir geben zu, dass wir keine Demokratie haben oder wir haben sie, und dann ist die Zielrichtung der Satire der Wähler und nicht diese paar Nasen da oben.“ (ebd.)

In der Tat hat Classen (2021: 12) im Werk Lorient eine „spezifische Form politischer Abstinenz und Konfliktvermeidung“ beobachtet, eine „Strategie, sich konsequent von jeglicher Tages- und Parteipolitik zu distanzieren“ (ebd. 13). Gleichwohl nahm „[d]er Deutschen liebster Komiker“ (Padtberg, 2023) durchaus auch Politiker:innen ins satirische Visier.<sup>1</sup> Dabei erschien ihm, der regelmäßig „Sprache und Kommunikation als Problem“ (Pabst, 2021: 26) inszenierte, die Politik als ein „weiteres Feld von gescheiterter Kommunikation [...] In diesem Sinne, nämlich als auch auf der politischen Ebene grassierende Kommunikationsunfähigkeit, hat er sein Werk [...] stets auch als politisch verstanden“ (Classen, 2021: 13).

Eine bis heute viel zitierte Persiflage ebenjener politischen Kommunikationsunfähigkeit schuf Lorient, als er in der Rolle des Werner Bornheim MdB ans Rednerpult trat und eine gewisse „Phrasenhaftigkeit [...] der Politik“ (ebd.) zur Schau stellte:

„Ich kann den Standpunkt meiner politischen Überzeugung in wenige Worte zusammenfassen. Erstens: das Selbstverständnis unter der Voraussetzung. Zweitens, und das ist es, was wir unseren Wählern

---

<sup>1</sup> Der Autor dieser Arbeit verfolgt die Debatte über einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch nicht zuletzt aus kognitivlinguistischer Perspektive und hat sich aus diesem Grunde für eine Schreibweise entschieden, die das Ziel geschlechtergerechten Sprachgebrauchs mit guter Lesbarkeit vereinbart.

schuldig sind. Drittens: die konzentrierte Beinhaltung als Kernstück eines zukunftsweisenden Parteiprogramms. [...]

Und ich bleibe dabei. Wo kämen wir sonst hin? Wo bliebe unsere Glaubwürdigkeit? Eins steht doch fest und darüber gibt es keinen Zweifel. Wer das vergißt, hat den Auftrag des Wählers nicht verstanden.“ (Loriot, 2016: 177)

Offenbar war dem „lebensklugen Beobachter“ (Wulff, 2011) Loriot „mit seiner unnachahmlichen Treffsicherheit“ (Vowinkel-Textor, 2021: 43) aufgefallen, dass die Gewählten in ihren Reden mitunter direkt sprachlich auf ihre Wähler:innen Bezug nehmen. Dieses Phänomen wird als **kommunikative Rückbindung von Volksvertreter:innen an den Souverän** im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen. Es ist auch im vorangestellten Zitat auszumachen, das dem fiktiven Volksvertreter Jakob Maria Mierscheid in den Mund gelegt wurde, mit dem „sich der Bundestag bis heute den Spaß [erlaubt], Leben und Arbeit von Politikern aufs Korn zu nehmen“ (Bundestag, 2013). Tatsächlich wurde dieses Zitat von der Künstlichen Intelligenz (KI) *ChatGPT* auf der Grundlage eines sogenannten Large Language Models (LLM) hervorgebracht. Diese LLM zeichnen sich aus durch ihre

„Fähigkeit, große Mengen an Textdaten zu analysieren und daraus zu lernen [...] Während des Trainings wird den Modellen anhand großer Textdatenmengen beigebracht, stets das nächste wahrscheinlichste Wort in einem gegebenen Textkontext vorherzusagen. [...] Das Modell lernt somit, Muster in der Sprachnutzung zu erkennen und anzuwenden. Eine solche Fähigkeit dient als Grundlage für die Generierung neuer Texte, die in Struktur und Inhalt menschlichen Texten sehr stark ähneln.“ (Kasneci, 2024: 11)

Wenn *ChatGPT* also auf die Bitte, einen typischen Satz eines Politikers oder einer Politikerin zu formulieren, das Zitat generiert ‚Wir arbeiten hart daran, die Herausforderungen anzugehen und die besten Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu finden‘ (OpenAI, 2024a), so ist mit einiger Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich Politiker:innen regelmäßig um kommunikative Rückbindung an den Souverän bemühen. Neben unterschiedlichen Rückbindungsformen, die sie hierfür wählen – Bürger:innen, Wähler:innen –, stellt sich die Frage, mit welcher Intention Volksvertreter:innen direkt sprachlich auf den Souverän Bezug nehmen, denn: „Politische Kommunikation ist intentional angelegt“ (Korte, 2024: 122).

Als die vorliegende Arbeit bereits geschrieben war, hat ihr Verfasser *ChatGPT* seine im Folgenden erst noch herzuleitende Forschungsfrage gestellt: **In welcher Form und mit welcher Intention nehmen Volksvertreterinnen und Volksvertreter direkt sprachlich Bezug auf den Souverän?** Die Antwort der KI (OpenAI, 2024b):

„Volksvertreterinnen und Volksvertreter nehmen direkt sprachlich Bezug auf den Souverän in der Regel durch die Verwendung von Ausdrücken wie ‚unsere Bürgerinnen und Bürger‘, ‚das Volk‘, ‚die Be-

völkerung‘ oder ‚die Wählerinnen und Wähler‘. Die Intention hinter diesem sprachlichen Bezug ist es, eine Verbindung zwischen den politischen Entscheidungen und dem Willen sowie den Interessen der Menschen herzustellen, die sie repräsentieren. Dies dient dazu, Legitimität und Zustimmung für politische Maßnahmen zu gewinnen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung zu stärken. Durch diese Sprachwahl versuchen Politiker, sich als Vertreter des Volkes darzustellen und ihre Handlungen als im Interesse der Gesellschaft legitim zu rechtfertigen.“

So viel sei an dieser Stelle vorweggenommen: Hätte der Autor dieser Zeilen die Idee zur vorliegenden Arbeit erst im Jahr 2024 entwickelt, die Künstliche Intelligenz hätte ihn mit deduktiv entwickelten Thesen zielführend unterstützt. Sie hätte ihn jedoch möglicherweise blind gemacht für alle induktiven Beobachtungen. Insofern ist es gut, dass das nun Folgende ohne die (vermeintliche) Unterstützung einer KI bereits zwischen den Jahren 2020 und 2024 geschrieben wurde.

Erste Ideen dazu entstanden sogar schon im Jahr 2016: „Läuft ihre Zeit ab?“, fragte Jochen Bittner am 2. Juni in der ZEIT (Bittner, 2016) mit Blick auf die repräsentativ-parlamentarische Demokratie. Im Dezember desselben Jahres erzählte Gerhart Baum (FDP), ehemaliger Bundesinnenminister, in der WELT AM SONNTAG:

„Neulich erst habe er von jemandem gehört, es gäbe jetzt eine Demokratieverdrossenheit. ‚Demokratieverdrossenheit!‘, schimpft Baum und klopft auf den Tisch. ‚Um Gottes Willen! Das ist ja eine Verdrossenheit am Leben! An der offenen und freien Gesellschaft! Wo kommt denn das her?‘“ (Wilton, 2016)

Einen der Gründe sah Bittner im zunehmend distanzierten Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretung: „Repräsentation heißt nicht mehr automatisch, sich vertreten zu fühlen“ (Bittner, 2016). Auf einen solchen, sich spürbar verschärfenden Konflikt zwischen Regierenden und Regierten hatte Blühdorn (2011: 45) bereits einige Jahre zuvor hingewiesen: „In jüngster Zeit [...] ist die Krise der politischen Repräsentation und der repräsentativen Demokratie wieder mit besonderem Nachdruck zum Gegenstand der politischen Debatte geworden“.

An dieser Debatte beteiligte sich seit 2013 auch eine neugegründete Partei, die nacheinander in alle deutschen Landesparlamente und 2017 schließlich in den Deutschen Bundestag einzog. Der Erfolg der *Alternative für Deutschland* (AfD) ist für Patzelt ebenso wie deren Begleitphänomen PEGIDA<sup>2</sup> angesichts einer bis dato vermeintlich alternativlosen Politik – zunächst bei der Bewältigung der Eurokrise, vor allem aber im Umgang mit der sogenannten Flüchtlingskrise<sup>3</sup> – nicht überraschend:

<sup>2</sup> Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands, siehe dazu Patzelt/Klose (2016).

<sup>3</sup> Mit Rohländer ist treffender von einer „Krise der Flüchtlingspolitik“ (Rohländer, 2017: 81) zu sprechen.

„Wenn in einer solchen Lage nennenswerte Teile der Bürgerschaft [...] ein neues Problem aufgekommen sehen und sich ernsthaft wünschen, Politiker sollten es angehen, so entsteht das, was man eine ‚Repräsentationslücke‘ nennen kann: Ein Teil der Bürgerschaft fühlt sich von den etablierten die bestehende politische Ordnung tragenden Parteien im Stich gelassen. Genau dann öffnet sich Raum für Protest- und Alternativparteien, können gleichsam brachliegende Politikfelder von neuen politischen Kräften bestellt werden.“ (Patzelt, 2016: 42)

Wolfgang Kubicki (FDP), seinerzeit Vizepräsident des Deutschen Bundestages, teilte diese Analyse: „Wer einen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg dieser Partei mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in Abrede stellt, ignoriert die Tatsachen“ (Kubicki, 2018: 184). Tatsächlich hatte Alexander Gauland, damals stellvertretender AfD-Vorsitzender, schon im Dezember 2015 gegenüber dem SPIEGEL eingeräumt: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise [...] Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen. Sie war sehr hilfreich“ (SPIEGEL ONLINE, 2016).

So nachvollziehbar diese Entwicklung heute erscheinen mag, so vermeidbar sei sie gewesen, meint Patzelt (2016: 43): „Man hätte [...] bemerken können, dass da eine Repräsentationslücke entstanden war“. Tatsächlich konstatierte etwa der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Herbst 2016, „dass sich manche mit ihren Sorgen, Einwänden, kritischen Positionen im Parlament nicht oder jedenfalls nicht hinreichend erkennbar vertreten fühlen“ (Phoenix, 2016a). Hatte Roger Willemsen also recht, als er sagte: „Das Volk der Wählerinnen und Wähler [...] benennt in der Wahl seine Repräsentanten, um ihnen nach der Wahl zu sagen, dass es sich nicht repräsentiert fühlt“ (Willemsen, 2015)?

Zwar brachte mit der AfD inzwischen eine politische Partei zunehmend deutliche Gegenpositionen in den Diskurs über die Krise der Flüchtlingspolitik ein. Im Deutschen Bundestag war sie indes noch nicht vertreten, nachdem sie bei der Bundestagswahl 2013 – ebenso wie die *Freie Demokratische Partei* (FDP) – knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert war.<sup>4</sup> Berücksichtigt man zudem den Anteil von 6,2 Prozent der Stimmen, die für ebenfalls nicht im Parlament vertretene Parteien abgegeben wurden, sowie den erheblichen Nichtwähleranteil von 28,5 Prozent, ist erkennbar, dass das „Herz der repräsentativen Demokratie“ (Schmidt, M. 2016: 160) rein rechnerisch nur für einen Teil der Bevölkerung schlug:

„Die gesamte Repräsentationslücke, die sich aus der Summe des Nichtwähleranteils und der ‚vergeudeten Stimmen‘ an allen Wahlberechtigten ergibt, signalisiert ein erhebliches Repräsentationsproblem. Denn die gesamte Repräsentationslücke des Deutschen Bundestages, die bis in die 1980er Jahre meist deutlich unter 20 Prozent der Wahlberechtigten lag, beläuft sich in der 18. Wahlperiode (2013–2017) auf

<sup>4</sup> Die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen seit 1949 sind der Webseite der Bundeswahlleiterin ([www.bundeswahlleiterin.de](http://www.bundeswahlleiterin.de)) zu entnehmen.

rund 40 Prozent. Im Deutschen Bundestag sind folglich nur noch 60 Prozent aller Wahlberechtigten von einer Partei ihrer Wahl vertreten, während 40 Prozent aller Wahlberechtigten im Parlament nicht repräsentiert sind.“ (Schmidt, M., 2016: 161)

Diese systemische Repräsentationslücke ging in Bezug auf die Krise der Flüchtlingspolitik einher mit einer inhaltlichen Repräsentationslücke (vgl. Patzelt, 2016: 42 f.). Kubicki spricht überdies von einer „kommunikative[n] Lücke, die die damals im Bundestag vertretenen Parteien ließen“ (Kubicki, 2019: 184) und in die 2014 neben der AfD auch die PEGIDA-Bewegung stieß.<sup>5</sup> Auf den Demonstrationen in Dresden und andernorts erklang dabei immer wieder auch der ikonische Ruf, der im Herbst 1989 die friedliche Revolution in der DDR begleitet hatte: ‚Wir sind das Volk‘.

Damals hatten sich die Demonstrierenden in der DDR von ihren vermeintlichen Volksvertreter:innen der *Sozialistischen Einheitspartie Deutschlands* (SED) distanziert und den diktaturbedingten „Antagonismus zwischen Volk und Führung“ (Reiher, 1992: 50) aufgezeigt. Ein Vierteljahrhundert später stellte sich die PEGIDA-Bewegung bewusst in diese Tradition und machte sich die Forderung nach Demokratie zu eigen:

„Im Jahr 1989 bedeutete und bewirkte die massenhaft gerufene Parole ‚Wir sind das Volk‘ [...] die Eroberung der Volkssouveränität. Die SED und die von ihr dominierte Staatsführung besaßen keine demokratische Legitimation. Sie hatten zwar wieder und wieder behauptet, dass der Wille des Volkes entscheidend sei und von ihnen repräsentiert werde. In der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR war davon jedoch fast nichts oder gar nichts zu spüren. Dass es der NPD, den Vordenkern von Pegida und anderen vom rechten Rand aus agierenden Bewegungen spätestens 2013 nachhaltig gelingen konnte, diesen Ruf nach Demokratie zu kapern, beweist die tiefe Vertrauenskrise zwischen Teilen der Bevölkerung und der Regierung. Wie groß diese Teile sind, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall aber sind sie groß genug, um die Demokratie zu erschüttern.

Der Ruf ‚Wir sind das Volk‘ ging 1989 einher mit Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit. Er entsprang der Wut der Ohnmächtigen. Dennoch entwickelten diese keinen Hass. Ihr Aufschrei enthielt die Forderung, endlich gehört zu werden, und war eine Einladung zum Dialog. [...] Sie demokratisierten die DDR. Der Ruf ‚Wir sind das Volk‘ bei Pegida & Co. hingegen klingt aggressiv und martialisch. Er enthält die Ablehnung der demokratisch Gewählten, die Ausgrenzung von Muslimen und die Abschiebung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.“ (Richter, 2019: 22 f.)

---

<sup>5</sup> Siehe dazu auch die Darstellungen in Kapitel 2.2.



Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte schon in ihrer Neujahrsansprache 2015 ausdrücklich vor einer sie in ihr Gegenteil verkehrenden Vereinnahmung der Losung von 1989 gewarnt:

„Heute rufen manche montags wieder ‚Wir sind das Volk‘. Aber tatsächlich meinen Sie: Ihr gehört nicht dazu – wegen Eurer Hautfarbe oder Eurer Religion.“

Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen!“ (Merkel, 2015)

Im Februar 2016 brach sich dieser Hass ganz offen Bahn: Zuerst attackierte eine aufgebrachte Menge im sächsischen Clausnitz einen Bus, der Asylsuchende zu ihrer Unterkunft bringen sollte (vgl. Soltysiak, 2016), kurz darauf brannte in Bautzen ein zur Asylbewerberunterkunft umgebautes Hotel (vgl. Scholz/Schumann/Schönbach, 2016). Am 24. Februar standen die Ereignisse von Clausnitz und Bautzen auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Dort bekräftigte Günther Krings (CDU), damals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, „dass nichts so falsch ist wie der verlogene Schlachtruf dieser Leute ‚Wir sind das Volk‘. [...] Wir wissen, dass sich hier eben nicht das Volk äußert“ (BT. 18/157. 15412.) – darüber bestand, so wurde in der Debatte deutlich, fraktionsübergreifende Einigkeit.<sup>6</sup>

Während sich ein Teil der Bevölkerung von der gewählten Volksvertretung also nicht (mehr) vertreten fühlte, sprachen ebenjene gewählten Volksvertreter:innen besagtem Teil der Bevölkerung ab, für das von ihnen gemäß Artikel 38 des Grundgesetzes zu repräsentierende Volk repräsentativ zu sein.<sup>7</sup>

Was als komplexes Beispiel für „Bedeutungskonkurrenz“ im Sinne Kleins (2014c: 77) linguistisches Interesse weckt, ist zugleich Ausdruck dessen, was Bussemer (2011: 21) zuvor beschrieben hat als „eine tiefe Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten, eine Krise der Repräsentation, welche maßgeblich zur schleichenden Erosion der Demokratie beiträgt“.

Angesichts eines solchen den Kern der repräsentativen Demokratie berührenden Befundes erscheint die unter anderem von Patzelt schon seit Langem erhobene Forderung nachvollziehbar, Volksvertreter:innen müssten bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Aufgaben „wohl wirklich besser auf die Wünsche und Sichtweisen der Bürger eingehen und dem Volk solche Responsivität auch klarer vor

<sup>6</sup> Seine nächste Eskalationsstufe erreichte der Konflikt bei den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit 2016 in Dresden, wo Angela Merkel und der damalige Bundespräsident Joachim Gauck mit dem Unwort des Jahres als „Volksverräter“ (Spieß, 2016) geschmäht wurden. Merkel hielt dem bei Anne Will in legitimierender Rückbindungsabsicht entgegen: „Ich bin genauso das Volk, wie andere das Volk sind“ (Dargent, 2016).

<sup>7</sup> Das Grundgesetz (GG) und weitere Bundesgesetze werden im Folgenden zitiert nach der Webseite [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de) des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesamtes für Justiz.

Augen führen. Dies ist ein Problem sowohl der Politikgestaltung als auch der Politikvermittlung“<sup>8</sup> (Patzelt, 2005: 537).

Nach der Großen Koalition 2016 scheiterte acht Jahre später offenbar auch die von Olaf Scholz (SPD) geführte Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP daran, ihre Politik zur Zufriedenheit der Bevölkerung zu gestalten und zu vermitteln. So zeigte etwa der ARD-DeutschlandTrend Mai II 2024 von *infratest dimap*, dass nur ein Viertel der Befragten sehr zufrieden oder zufrieden war mit dem, „was die Regierung bislang inhaltlich auf den Weg gebracht hat“ (infratest dimap, 2024). Gerade einmal elf Prozent der Befragten waren sehr zufrieden oder zufrieden mit der Art und Weise, „wie die Regierung ihre Politik den Bürgern erklärt und vermittelt“ (ebd.).

Auch dieser Befund ist problematisch, denn neben der **systemischen „Rückbindung an allgemeine und freie Wahlen“** (Sarcinelli, 2000: 165) sind die inhaltliche Rückbindung (= Responsivität) und die kommunikative Rückbindung von Volksvertreter:innen an den Souverän für die repräsentative Demokratie konstitutiv:

„Das Prinzip der Responsivität verknüpft die **Rückbindung der Regierenden an die Regierten über den Wahlakt hinaus**. Das Prinzip der Repräsentation wird so [...] auf die ständige Rückkopplung zwischen den Interessen der Repräsentierten und den Entscheidungen der Repräsentanten ausgeweitet.“ (Rhombert, 2009: 227)

„Bedingung demokratischen Legitimation ist der laufende kommunikative Austausch zwischen Regierenden und Regierten, die **kommunikative Rückbindung** des institutionalisierten Entscheidungsprozesses an die ganz überwiegend durch intermediäre Organisationen und Gruppierungen vermittelte und artikuliert Meinungs- und Willensbildung der Bürger.“ (Ismayr, 2012: 40 f.)

Hier setzt die vorliegende Arbeit an. Fragen zur systemischen und inhaltlichen Rückbindung überlässt sie dabei der Politologie und widmet sich aus politolinguistischer Perspektive der kommunikativen Rückbindung von Volksvertreter:innen. Da deren Kommunikation „zu einem großen Teil öffentliche und an die Öffentlichkeit gerichtete Kommunikation [ist,] [...] ist auch ihre Untersuchung nicht bloß von wissenschaftlichem, sondern auch von öffentlichem Interesse“ (Burkhardt, 2003: 121).

Im Mittelpunkt steht die von der politolinguistischen ebenso wie von der politikwissenschaftlichen Forschung bislang ungestellte Frage, **in welcher Form und mit welcher Intention Volksvertreter:innen sich kommunikativ an den Souverän rückbinden**. Dazu sollen in einem Textkorpus systematisch solche Äußerungen erfasst und unter Berücksichtigung von Ko- und Kontext analysiert werden, in denen Volksvertreter:innen direkt sprachlich auf den Souverän Bezug nehmen. Der Blick richtet sich dabei auf den Ort, an dem das Handeln von Politiker:innen

<sup>8</sup> Zum Begriff der Responsivität siehe Kapitel 2.1.6.

sich schon dem Namen nach im Sprechen vollzieht: das Parlament, konkret: den Deutschen Bundestag, der seit 1999 im Berliner Reichstagsgebäude beheimatet ist und durch drei Worte weithin sichtbar die Rückbindung der Abgeordneten an den Souverän verspricht: Dem Deutschen Volke.

## 1.2 Aufbau und Vorgehen

Nachdem das Ziel der vorliegenden Arbeit umrissen ist, soll im Folgenden das weitere Vorgehen skizziert werden. Die vorstehenden Vorbemerkungen dienen im Wesentlichen dazu, Aktualität und Relevanz der Fragestellung deutlich zu machen. Mit der *Thematischen Einführung* (Kapitel 2) werden die (demokratietheoretischen) Hintergründe vertieft. Dabei soll die Rückbindung von Volksvertreter:innen an den Souverän – systemisch, inhaltlich und kommunikativ – als legitimierendes und damit konstituierendes Merkmal repräsentativer Demokratie bestimmt werden. Die vielfach diagnostizierte Krise der Repräsentation gibt Anlass zu einer Auseinandersetzung mit den jeweiligen Rollen von Repräsentierenden und Repräsentierten im demokratischen Prozess. Es folgt eine Zusammenschau von Krisensymptomen, die oft unter dem Begriff der Politik(er:innen)verdrossenheit zusammengefasst werden. Auf der Suche nach möglichen Ursachen richtet sich der Blick unter anderem auf das Phänomen der Repräsentationslücken – ebenfalls systemisch, inhaltlich und kommunikativ – und deren Bedeutung für die Rückbindung von Volksvertreter:innen an den Souverän.

Die *Thematische Einführung* dient dazu, die anschließende Analyse nachvollziehbar in ihr Forschungsfeld – das Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretung – einzubetten. Diese Darstellungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und verzichten daher auf die Abhandlung politischer Theorien und Philosophien.

Nach der *Thematischen Einführung* soll die vorliegende Arbeit mit der *Theoretischen Einführung* (Kapitel 3) im wissenschaftlichen Kontext verortet werden. Um Sprache und Sprachhandeln in der Politik angemessen analysieren zu können, ist ein pragmlinguistisches Verständnis davon nötig, welche Bedeutung Sprache in der Politik zukommt. Erst vor diesem Hintergrund kann die Politolinguistik eine geeignete Perspektive zur analytischen Annäherung an den Gegenstand des Interesses bieten.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist, wie gesehen, interdisziplinär verankert. Dementsprechend beschränkt sich der Überblick über den *Forschungsstand* (Kapitel 4) nicht auf (polito-)linguistische Arbeiten, sondern berücksichtigt vielfältige Perspektiven weiterer Disziplinen auf das komplexe Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretung.

Eingang in den Forschungsstand finden überdies Arbeiten, die beispielgebend sind für das *Methodische Vorgehen* (Kapitel 5). Der Zugang zu den politolinguistischen Analysen wird durch ein Textkorpus eröffnet, das eigens dafür erstellt wurde. Mithilfe einer Qualitativen Inhaltsanalyse soll exploriert werden, in welcher Form und mit welcher Intention Volksvertreter:innen die kommunikative

Rückbindung an den Souverän suchen. Um den Anforderungen an Validität, Reliabilität und Objektivität Rechnung zu tragen, muss nachvollziehbar dargestellt werden, aus welchen Texten sich das Korpus zusammensetzt, und wie das inhaltsanalytische Kategoriensystem entwickelt wurde. Zuvor ist der Untersuchungsgegenstand klar zu definieren.

Die *Darstellung der Ergebnisse* (Kapitel 6) bildet den Kern der vorliegenden Arbeit. Sie zeigt anhand annotierter Daten, in welcher Form und mit welcher Intention Volksvertreter:innen zwischen 1949 und 2021 direkt sprachlich auf das Volk, die Bürger:innen und die Wähler:innen Bezug nahmen, sich also um kommunikative Rückbindung an den Souverän bemühten.

Im *Resümee* (Kapitel 7) sollen die zuvor inhaltsanalytisch identifizierten Strategien kommunikativer Rückbindung zusammenfassend dar- und wesentliche Erkenntnisse herausgestellt werden. Ziel der sich anschließenden *Methodenreflexion* (Kapitel 8) ist, den Ansatz und das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit insbesondere hinsichtlich der Qualität der dadurch gewonnenen Erkenntnisse zu diskutieren. Mit dem *Ausblick* (Kapitel 9) sollen schließlich Ansätze für vertiefende, erweiternde und weiterführende Forschung aufgezeigt werden.

Die nachfolgenden Hinweise zur Typografie sollen die Lektüre erleichtern: Metasprachliche Begriffe, Literatur- und Sendungstitel sowie Eigennamen sind *kursiv* gesetzt, Letztere bisweilen auch in VERSALIEN. Zentrale Inhalte werden durch **Fettdruck** hervorgehoben. Um ein einheitliches Schriftbild sicherzustellen, wurden alle Zitate typografisch bereinigt. Sämtliche Hervorhebungen sind auf den Autor der vorliegenden Arbeit zurückzuführen.